

Seebrücke-Minden fragt nach

Landtagswahlen NRW 15. Mai 2022



Am 15.05.2022 wählt NRW einen neuen Landtag.

Wir haben uns die Wahlprogramme von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der Partei DIE LINKE, der FDP, der Freien Wähler und der SPD angeschaut.

Was findet sich in den Wahlprogrammen zu den Themen „Flucht“ und „Migration“?

Das Ergebnis unserer Recherche haben wir den Kreisvorständen und den Kandidierenden zur Überprüfung und Stellungnahme vorgelegt.

Unsere eigenen Erwartungen an die neue Landesregierung haben wir mit anderen Akteuren abgestimmt. Sie finden sich in den „Flüchtlingspolitischen Forderungen zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2022“.

Minden, den 30.04.2022

Teresa Piotrowski und Rüdiger Höcker
im Auftrag der Steuerungsgruppe
des Zivilgesellschaftlichen Bündnisses Seebrücke-Minden
info@seebruecke-minden.de

Aus unserer Mail an die Kreisvorstände und Kandidierenden - Minden-Lübbecke I und II:

„... als Zivilgesellschaftliches Bündnis Seebrücke-Minden haben wir uns zur Aufgabe gemacht, immer wieder neu auf die Lage flüchtender Menschen an Europas Außengrenzen aufmerksam zu machen. Dabei werfen wir einen kritischen Blick auf das Handeln der Kommunen und Kreise, der Bundesländer, der Bundesrepublik und der Europäischen Union, wenn es darum geht, dem Menschenrecht auf Flucht und Asyl, auf faire, die Würde des Menschen achtende Verfahren Geltung zu verschaffen.

In den letzten Wochen nehmen wir schmerzhaft zur Kenntnis, wie der Krieg in der Ukraine und die Flucht vor diesem Krieg Flüchtende und Geflüchtete sehr unterschiedlich behandelt. Während Flüchtende mit ukrainischem Pass auf ein offenes einiges Europa treffen, erleben andere an den Außengrenzen der EU illegale Zurückweisungen (Pushbacks), erniedrigende, demütigende Behandlungen, Zwangsunterbringung in Lagern. Das Sterben auf lebensgefährlichen Fluchtwegen

nimmt kein Ende. Die Arbeit privater Seenotretter wird weiterhin nachhaltig behindert. Statt Grenzen zu öffnen, werden hochmoderne Grenzsicherungsanlagen errichtet, an denen das Recht auf Flucht und Asyl zerschellen.

*Vor diesem Hintergrund haben wir uns auch das Landeswahlprogramm Ihrer Partei angeschaut. Dabei ging es uns vor allem um Aussagen zu den Themen „Flucht“ und „Migration“. Das Ergebnis unserer Lektüre finden Sie als Anlage beigefügt. Bevor wir dieses Rechercheergebnis an unsere Unterstützer*innen weiterreichen, möchten wir Ihnen Gelegenheit geben, unsere Zusammenfassung Ihrerseits kritisch zu kommentieren. Ihren Kommentar werden wir ungekürzt und unkommentiert unserer Zusammenfassung beifügen.*

Die Zivilgesellschaftlichen Bündnisse der Seebrücken-Städte in NRW haben sich dem Forderungspapier vom Flüchtlingsrat NRW angeschlossen (als Anlage ebenfalls beigefügt). Eine Stellungnahme zu diesen Erwartungen werden wir ebenfalls ungekürzt und unkommentiert weiterreichen.

Als Zivilgesellschaftliches Bündnis liegt uns ein faires Miteinander am Herzen, auch wenn wir eventuell inhaltlich unterschiedlicher Meinung sind. Demokratie braucht beides: Fairness im Ringen um die Sache, Klarheit in den Aussagen. ...“

Inhalt

Landeswahlprogramm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN----- 03
 Stellungnahme----- 04
 Landeswahlprogramm CDU ----- 05
 Stellungnahme----- 06
 Landeswahlprogramm DIE LINKE ----- 07
 Stellungnahme----- 08
 Landeswahlprogramm FDP----- 09
 Stellungnahme----- 10
 Landeswahlprogramm FREIE WÄHLER ----- 11
 Landeswahlprogramm SPD----- 12
 Stellungnahme----- 13
 Flüchtlingspolitische Forderungen zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2022 ----- 14
 Selbstbestimmtes Wohnen von Anfang an----- 14
 Gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Erwerbsarbeit----- 14
 Bleiberecht statt Abschiebung----- 15
 Ausbau einer adäquaten Versorgungs- und Unterstützungsstruktur----- 15
 Umbau der Ausländer- zu Willkommensbehörden----- 16
 Sichere Fluchtwege nach NRW ----- 16
 Liste der ErstunterstützerInnen ----- 16

Landeswahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Von hier an Zukunft - denn die beste Zeit für NRW liegt noch vor uns.

Die Zentralen Sätze zum Thema „Flucht“ und „Migration“ finden sich auf den Seiten 98 - 98.

Wir schützen Menschenrechte: humanitär und fair für Geflüchtete (96-98)

- NRW wird ein sicherer Hafen: Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete
- Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten: dezentral, kommunal und humanitär
- Integration von Anfang an ermöglichen und sichere Bleibeperspektiven schaffen

Einwanderung wird als Teil der Identität von NRW beschrieben.

Die Aufnahme von Geflüchteten gebieten die Menschenrechte.

Grundtenor: Jeder, der hier lebt, hat das Recht auf ein Leben in Würde und Sicherheit. Auf eine bezahlbare Wohnung, faire Bezahlung und gleiche Behandlung, egal woher man kommt oder wohin man möchte. Ein echter Aufbruch kann nur gelingen, wenn alle Menschen ihn mitgehen und als fair empfinden. (3)

An mehreren Stellen wird aus dem Fachkräftemangel die Forderung einer Öffnung und Förderung von Fachkräften aus dem Ausland abgeleitet - Vgl. 41f., 45, 76, 81.

Damit sich das ändert, werden wir in allen Wirtschaftsförderprogrammen des Landes NRW – von der Gründungsförderung bis zur Hightech-Forschung – ein separates Budget ausschließlich für die Förderung von Frauen sowie genderqueeren Menschen, Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund reservieren. ... (47)

Dazu gehört auch - offensichtlich gibt es in dieser Frage mittlerweile einen breiten Konsens: Ausbildungsbetriebe sollen außerdem die Sicherheit haben, dass die Azubis, die einen ungesicherten Aufenthaltsstatus haben, nicht von einer Abschiebung bedroht werden. (85)

Ein besonderes Thema: Die Teilhabe an der demokratischen Meinungsbildung!

... Wir werden noch viel mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne bereiten und unser Wahlrecht modernisieren, damit möglichst alle Wählenden repräsentiert werden. ...

Wir können Menschen eine neue Heimat bieten, die ihre alte verloren haben. Sie kommen mit großer Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns die Errungenschaften unserer Gesellschaft neu bewusst. Wir kämpfen gemeinsam mit ihnen für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für alle gibt und in der Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere Rechte eine Selbstverständlichkeit sind. (84)

Eine Auflistung der Einzelforderungen:

- *eine europäische Flucht- und Migrationspolitik, die das Recht auf Leben und Unversehrtheit zur obersten Maxime macht. (85)*
- *Mehrstaatlichkeit gehört zu einem modernen Staat / erleichterte Einbürgerungen (86)*
- *Wir wollen ... die Geschichte der Migration als gesamtgesellschaftliche Geschichte von NRW stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. (90 f)*
- *Statt die Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und unterschiedliche Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das Engagement von zivilen Seenotretter*innen. ... Wir stehen an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, etwa von aus Seenot Geretteten, unterstützen. (96)*

- *Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen wir ab. Das Konzept von Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) halten wir für gescheitert. ... weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen und hin zu dezentralen und kleineren Wohneinheiten ... neue Standards setzen, die helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln ... Um die Kommunen ... zu unterstützen, erhöhen wir die Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz, die keine Unterscheidung zwischen Asylbewerber*innen und Geduldeten macht, so dass die Kosten für die Kommunen angemessen sind. (97)*
- *Wir wollen allen Geflüchteten Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus und der Bleibeperspektive. (97)*
- *Wir wollen die kommunalen und zentralen Ausländerbehörden als wichtige Partner stärker in Integrationsprozesse einbinden. Diese neuen „Willkommensbehörden“ sollen Migrant*innen, insbesondere Geflüchtete, auf ihrem Weg zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe und der Arbeitsmarktintegration begleiten und fördern und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für Geduldete weitreichend nutzen. (97)*
- *Asylverfahren müssen zügiger bearbeitet werden, aber gleichzeitig immer fair sein, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und transparent sein. Die Anforderungen an Asylbewerber*innen müssen sich stets am praktisch Leistbaren orientieren. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das letzte Mittel sein. ... Perspektivisch setzen wir uns für die Abschaffung der Abschiebehaft ein. (97f)*

Das gesamte Landeswahlprogramm findet sich

<https://gruene-nrw.de/wahlprogramm-ltw/>

Uns zugewandene Stellungnahme

Wir GRÜNE setzen uns schon seit Jahren dafür ein, dass zwischen Geflüchteten verschiedener Herkünfte nicht unterschieden wird. Das bedeutet für uns, dass wir allen schutzsuchenden Menschen von Anfang an Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse ermöglichen wollen. Nur so können wir den Menschen ein eigenständiges Leben in unserer Gesellschaft ermöglichen. Um das zu erreichen, setzen wir uns dafür ein, dass Kommunen und Länder bei der humanitären Aufnahme von geflüchteten Menschen mehr Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten erhalten.

Bezüglich der derzeitigen Praxis Vorauswahl von Schutzsuchenden in den Lagern fordern wir, dass niemand aufgrund seiner Nationalität oder Schutzquote und vermeintlich schlechten Bleibeperspektiven ausgeschlossen wird. Wenn von den jeweiligen nationalen Grenzpolizeien oder Frontex illegale Pushbacks begangen werden, muss dies politisch und rechtlich geahndet werden. Die katastrophale Situation an den Außengrenzen muss beendet werden. Hierfür wollen wir mit handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen. Wir lehnen die menschenunwürdigen Lager, geschlossene Einrichtungen, Transitzonen und europäische Außenlager in Drittstaaten ab.

Als Integrationsbeauftragter ist unserem Landtagskandidat Benjamin Rauer vor allem bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten wichtig, dass die ehrenamtliche Unterstützungsarbeit die staatliche Grundversorgung nicht ersetzen kann und darf. Wir Grüne möchten deswegen die Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz erhöhen, um so die Kommunen direkt zu unterstützen.

*Unsere Landtagskandidatin Jana Sasse hat als angehende Lehrerin das gemeinsame Lernen mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen an unseren Schulen im Blick. Vor allem das Thema Rassismus möchte sie an den Schulen angehen. Im Landtag möchte sie sich deswegen dafür einsetzen, dass die kritische Aufklärungsarbeit und die Sensibilisierung für Formen und Auswirkungen von Diskriminierung für Fachkräfte und Schüler*innen weiter ausgebaut werden.*

**Landtagswahlprogramm der CDU
Machen, worauf es ankommt -
Nordrhein-Westfalen: Sicher, nachhaltig, solidarisch und stark!**

Das Thema „Flucht und Migration“ wird nicht gesondert in einem eigenen Kapitel behandelt.

„Zuwanderung“ ist positiv konnotiert.

„Unser Land ist Zuwanderungs- und Integrationsland. Bei uns sollen alle eine Heimat finden, egal wo sie geboren sind. Alle, die zu uns kommen und mit uns und nach unseren Gesetzen und Werten leben, sind eine Bereicherung. Das gehört zur DNA unseres Landes.“ (4)

Deutlich zurückhaltender ist der Blick auf Geflüchtete.

„Nordrhein-Westfalen ist nicht nur die Heimat derjenigen, die hier geboren sind. Wir sind stolz darauf, dass Menschen aus allen Teilen der Welt zu uns ziehen, um hier zu leben, zu lernen und zu arbeiten. Sie sind uns willkommen. Einwanderung ist gut für Nordrhein-Westfalen. Sie hilft uns demografisch, wirtschaftlich und kulturell.

Wir werden die Kommunen weiterhin bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen – und zwar ohne Wenn und Aber. Wir lassen niemanden zurück, der unsere Hilfe und Solidarität benötigt. Das machen wir mit großem Herzen, jedoch nicht blauäugig.“ (7)

Wir sorgen für die Durchsetzung unserer rechtlichen Prinzipien. Wir haben bundesweit die höchsten Rückführungszahlen. (9)

Die Partnerschaft mit Ghana konnte neu belebt werden. (109)

(Das „Migration Information Centre for Re-turnees“ (MICR) berät „freiwillige Rückkehrer_innen“ und Abgeschobene aus Deutschland und Europa nach ihrer Ankunft über Unterstützungsangebote in Ghana. (Land NRW 22.02.2022).)

Offensichtlich wird unterschieden zwischen Zuwanderung und Aufnahme von Geflüchteten. Während auf letztere ein kritischer Blick fällt, werden erstere als Bereicherung beschrieben.

Ein besonderer Focus: Die Zuwanderung von Fachkräften.

„Mit dem Programm „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ ermöglichen wir 7.000 jungen Menschen Zukunftsperspektiven, insbesondere Geduldeten und Gestatteten. ...“ (27)

Zuwanderer sind Fachkräfte und sichern die wirtschaftliche und soziale Stabilität in unserem Land. ... Wir müssen Berufsabschlüsse noch unbürokratischer und schneller anerkennen. Wir setzen uns dafür ein, dass Ausbildungen in Teilen zertifiziert und/oder in Modulen ergänzt werden können. (29)

Gute Pflege benötigt qualifiziertes und motiviertes Personal. ... Daher werden wir die Zahl der Pflegekräfte erhöhen, z. B. durch die Anwerbung von ausländischen Fachkräften. (78)

Während ein ausführliches Kapitel zum Thema „Flucht und Asyl“ fehlt, erhält die „Ukraine-Krise“ (108) deutlich mehr Aufmerksamkeit.

Wenn es darauf ankommt, hilft unser Land. Für uns steht solidarisches Handeln immer im Vordergrund. Dies ist aktuell insbesondere in der Ukraine-Krise gefragt. Viele Mütter mit ihren Kindern, ältere und schwächere Menschen verlassen ihr Zuhause. Sie lassen alles zurück: ihr Hab und Gut, ihre Freunde und Familienangehörige und alles, was ihnen lieb und teuer ist. ... Wir werden ihnen Unterkunft geben, ihre organisatorische sowie psychologische Betreuung sowie den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und schulischer Bildung sicherstellen. Wir werden Integrationsangebote machen. Die Kommunen werden wir bei den anstehenden Aufgaben unterstützen. (108)

Das gesamte Landeswahlprogramm findet sich

<https://mitmachen.cdu-nrw.de/wahlprogramm>

Uns zugewandene Stellungnahme

Wir verstehen die Themen „Flucht und Migration“ als bereichsübergreifende Themenfelder, die einer multiperspektivischen Betrachtung bedürfen. Daher betrachten wir sie entsprechend an verschiedenen Stellen in unserem Wahlprogramm.

Wir stehen ein für eine geordnete Einwanderungspolitik. Denn es ist eine humanitäre Verpflichtung, Geflüchteten Schutz zu bieten und dabei Recht und Gesetz konsequent anzuwenden. Die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen ist der Beginn einer Verantwortung, die den asylsuchenden Menschen in den Blickpunkt nimmt. Damit wir denen, die in Not sind, helfen können, können diejenigen, die nicht in Not sind, nicht bei uns bleiben.

Die steigende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften sehen wir als wichtige gemeinsame, gesellschaftliche Herausforderung an. Daher arbeiten wir seit 2017 an der Konzeption und Umsetzung von fairen und nachhaltigen Projekten zur Fachkräftegewinnung und -sicherung. Neben den vorhandenen Arbeitskräften in unserem Land brauchen wir auch weiterhin qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und das Wirtschafts- und Sozialsystem weiterhin zu sichern.

Auf der anderen Seite stehen wir fest dazu, dass Asyl ein unabdingbarer Teil unseres Grundgesetzes ist, um Artikel 1 auch für die Menschen anwenden zu können, die vor Krieg und Gewalt flüchten müssen. Dabei gehen wir mit der Integrations- und Teilhabestrategie 2030 voran und unterscheiden klar zwischen den Themen Flucht und Asyl einerseits und dem Thema der qualifizierten Zuwanderung andererseits. Nicht umsonst haben wir uns im Bund für ein Einwanderungsgesetz stark gemacht.

Der menschenverachtende Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht, der mit nichts zu rechtfertigen ist. Er ist ein Angriff auf die europäische Friedensordnung, auf Freiheit und Demokratie, den wir gemeinsam mit unseren europäischen Freunden auf das Schärfste verurteilen. Der Krieg sorgt für großes Leid, für Tausende Tote und Verletzte. Die Opfer sind Unschuldige, Familien, Kinder. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die vielen Mütter mit ihren Kindern, ältere und schwächere Menschen, die auf der Flucht vor Krieg, Zerstörung und Tod sind, vor weiterem Leid bewahrt werden müssen. Das „C“ in unserem Parteianamen steht dabei für die christliche Verantwortung, der wir nachkommen, indem wir alles tun, um Kriegsflüchtlingen hier eine sichere Zuflucht zu bieten und haben diese Thematik selbstverständlich auch in unser Wahlprogramm aufgenommen.

Landeswahlprogramm der Partei DIE LINKE
Macht's gerecht!

Tenor: Es gehört zu den Pflichten einer solidarischen Gesellschaft, gelingende Teilhabe zu ermöglichen und gemeinsam für ein besseres Leben zu streiten.

(Wir wollen,) dass jeder – unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder Religion – ... mitgenommen wird.“ (3)

Ausführlich wird das Thema „Flucht“ und „Migration“ auf den Seiten 13 bis 15 sowie 104 bis 109 behandelt. Das Programm begründet und listet sehr differenziert Forderungen auf. Eine Zusammenfassung muss sich auf Stichworte begrenzen:

Für ein gutes Leben ohne Rassismus (Seiten 13-15)

- ... wenn Menschen vor Krieg und Terror, vor Diskriminierung und Verfolgung, vor Hunger und Klimakatastrophen fliehen, sollten wir sie mit offenen Armen empfangen und gemeinsam für ein besseres Leben streiten.
 - Sämtliche Abschiebungen stoppen, Bleiberecht für alle Menschen, die es in die Bundesrepublik geschafft haben
 - Kettenduldungen abschaffen, sichere Perspektiven für alle bieten
 - Das Recht auf freie Wahl des Wohnortes für alle garantieren
 - ... für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für eine Bekämpfung der Ursachen der Flucht kämpfen

Integration sozial und menschlich angehen (Seiten 104-109)

- Gleiche soziale und politische Rechte für alle
 - Um langjährig hier lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu verschaffen, bedarf es deshalb deutlicher Einbürgerungserleichterungen. ... Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben.
- Perspektiven durch Bildung
 - Gleicher Zugang zu Bildung ist eine grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, individuelles Wohlergehen und soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft. ... Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und gefördert werden.
- Perspektiven schaffen durch Arbeitsplätze
 - Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. ... Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende Integration. Prekäre Arbeit dagegen führt strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung.
- Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik
 - Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich „guten Bleibeperspektive“ und solche mit einer angeblich „schlechten Bleibeperspektive“ einzuteilen.

Weitere Stichworte, die einen Bezug auf „Flucht“ und „Migration“ haben:

Wirtschaft ist für die Menschen da

Menschen mit geringem Einkommen, Erwerbslose und Migrant:innen leben in zunehmend von Armut und Zerfall der Infrastruktur geprägten Stadtteilen. Geflüchtete ziehen zunächst in sogenannte Ankunftsstadtteile. Sie alle können ein Leben in anderen Vierteln nicht bezahlen. Darauf muss die Stadtplanung eine Antwort finden ... (42)

Allen Menschen umfassende Bildung und Ausbildung garantieren

Rund 38 Prozent aller Schüler:innen in NRW haben eine Zuwanderungsgeschichte. Sie haben damit einen wesentlichen Anteil an der Zukunft unserer Gesellschaft.

Bisher werden die beruflichen Qualifikationen neu zugewanderter bzw. geflüchteter

Menschen aus Bildungsberufen nur unter großen Schwierigkeiten anerkannt. ... Neu zugewandertes Personal aus Bildungsberufen sprachlich und pädagogisch-didaktisch qualifizieren (90f)

Alle Menschen sollen wählen und mitentscheiden dürfen

In den Parlamenten wird viel über Geflüchtete und über Kinder und Jugendliche geredet. ... Weder eingewanderte noch jüngere Menschen dürfen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. ... Bei Wahlen wollen wir eine größtmögliche Beteiligung aller hier dauerhaft lebenden Menschen erreichen. (128)

Frieden, Internationales und Europa

Das Sterben auf dem Mittelmeer muss endlich ein Ende haben. Wir setzen uns ein für ein Europa der Solidarität und ein Nordrhein-Westfalen, welches alle Menschen in Not aufnimmt, denn das Recht auf Asyl sehen wir als unverhandelbares Menschenrecht an. (143)

Migrant:innen und die Migration zu bekämpfen und die effektive Ausübung des Rechts auf Asyl in der EU zu verhindern, indem an den Grenzen, im Meer und im Luftraum aufgerüstet wird und die Repressions- und Einsperrungssysteme noch weiter in die Peripherie vor der EU ausgelagert werden. (146)

DIE LINKE lehnt die Aufrüstung von Frontex zu einer Flüchtlingsabwehr-Agentur mit eigenen operativen Befugnissen und Kapazitäten ab und fordert ihre Ersetzung durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm und legale Einreisemöglichkeiten in die EU.

DIE LINKE NRW setzt sich dafür ein, der Forderung der nunmehr 126 Gemeinden und Städte, die sich der Initiative „Seebrücke“ angeschlossen haben, auch Folge zu leisten. ...

NRW muss ein sicherer Hafen werden! Denn eine repressive Flüchtlingspolitik ist mit der LINKEN auf keinen Fall zu machen. Deshalb werden wir uns zum Beispiel an einer Politik, die weiter auf die sogenannte Schuldenbremse setzt oder Geflüchtete abschiebt, keinesfalls beteiligen. (147)

Das gesamte Landeswahlprogramm findet sich

<https://www.dielinke-nrw.de/wahlen/landtagswahlprogramm-2022/>

Uns zugegangene Stellungnahme

Wir als DIE LINKE. Minden-Lübbecke stehen ausdrücklich hinter den flucht- und migrationspolitischen Forderungen in unserem Landtagswahlprogramm. Wir haben bisher immer die Ziele der SEEBRÜCKE unterstützt und werden uns auch in Zukunft für diese einsetzen, gegebenenfalls natürlich auch im Landtag.

**Landeswahlprogramm der FDP
Von hier aus weiter.****Leitgedanke: Deutschland braucht qualifizierte Arbeitskräfte.**

- *Werden wir das beliebteste Land für qualifizierte Einwanderung – nach dem Vorbild Kanada. Heißen wir mehr Talente willkommen, denn Vielfalt und Wissen werden unser Land weiter voranbringen. (4)*
- *Die Verfahren zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen wollen wir weiter verbessern. (19)*
- *Wir wollen für Menschen mit Beeinträchtigungen, Fluchterfahrung und Einwanderungsgeschichte passgenaue Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration stärken. (24)*
- *Damit die Betriebe auch in den kommenden Jahren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen finden, wollen wir alle Kräfte mobilisieren. Wir setzen auf Bildung, auf Integration, auf Teilhabe und auch auf qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer. ... (30)*
- *Wer einen regulären, branchenüblichen Arbeitsvertrag mit einem deutschen Unternehmen hat, soll auch als nicht-akademische Fachkraft mit der Blue Card legal nach Deutschland kommen können.*
- *Wir müssen zudem als Einwanderungsland attraktiver werden, indem wir gemeinsam mit der neuen Bundesregierung Einwandernden durch vereinfachte Einbürgerung und die Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit eine realistische Chance geben, vollwertiges Mitglied unserer Gemeinschaft zu werden, mit allen Rechten und Pflichten. (41)*

Dieses Thema verdichtet sich auf den Seiten 40ff unter den Stichworten „Migration“ und „Integration“.

- *Nordrhein-Westfalen hat eine lange Tradition als Einwanderungsland. ... braucht eine geordnete Einwanderung, um Wohlstand und Wirtschaftsstandort zu erhalten. ... Die offene Gesellschaft braucht für ihr Gelingen Regeln des gegenseitigen Respekts. ... Für Freie Demokraten zählt nicht Herkunft, sondern Charakter. (40)*

Zuwanderung mit Charakter! Entsprechend folgt das Stichwort „Humanität und Ordnung“.

- *Kein anderes Bundesland schiebt so konsequent insbesondere Straftäter und Gefährder ab wie Nordrhein-Westfalen. Wer keinen Schutzgrund hat und unsere Gesellschaft belastet oder gar bedroht, muss in sein Heimatland zurückgeführt werden. ... Wer sich integriert hat, straffrei lebt, arbeitet und die Werte unserer Gesellschaft akzeptiert, soll dauerhaft in Nordrhein-Westfalen leben können. ... Wir wollen Ordnung in der Einwanderungspolitik schaffen, legale Einwanderungswege eröffnen und irreguläre Migration unterbinden. Es darf keine Toleranz für Straftäter und Gefährder geben, aber auch keine Abschiebung gut integrierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Darum werden wir mit der neuen Bundesregierung einerseits eine Rückführungsoffensive starten, bei der wir konsequent die Instrumente der Abschiebehaft und des Ausreisegewahrsams sowie die notwendige Unterstützung durch die Bundespolizei nutzen. ... (40f)*

Es geht um Integration im Sinne von Assimilation.

- *Die konsequente Vermittlung der Werte, die unsere Gesellschaft prägen, ist Aufgabe aller am Integrationsprozess Beteiligten. Die Grundlage dafür bildet unser Grundgesetz. Diese Vermittlung soll mit (41) der Einreise beginnen und sich durch den Alltag ziehen. Sie sind für jeden mit und ohne Einwanderungsgeschichte verbindlich. In dieser pluralen und diversen Gesellschaft müssen die Spielregeln für alle verbindlich sein. ... (42)*

Zusammengefasst liest sich das so:

- *Die offene Gesellschaft lebt von Vielfalt. Darum stärken wir die Menschen in NRW in ihrer Individualität unabhängig von Herkunft, Glauben oder sexueller Identität. ... Umgekehrt bleiben wir konsequent: Wer etwa unsere offene Gesellschaft bedroht oder ausnutzt, wird abgeschoben. (4)*

Das gesamte Landeswahlprogramm findet sich

<https://www.fdp.nrw/fortschrittsprogramm>

Uns zugewandene Stellungnahme

Grundsätzlich möchten wir Ihnen zunächst einmal für Ihren Einsatz und Ihr Engagement danken.

Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land. Wir Freien Demokraten wollen dafür Sorge tragen, dass dies so bleibt. Für uns Liberale ist nicht entscheidend, woher jemand kommt, sondern wohin er mit uns zusammen möchte. Daher werden wir die geordnete Einwanderungspolitik der vergangenen Jahre weiterführen. Auf der einen Seite mit dem deutschlandweit liberalsten Bleiberecht für gut Integrierte, auf der anderen Seite mit der konsequenten Abschiebung von Straftätern und Gefährdern.

Selbstverständlich bedauern wir, dass es an den EU-Grenzen immer wieder zu illegalen Zurückweisungen von Geflüchteten kommt. Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass an den EU-Außengrenzen völkerrechtliche Bestimmungen und Menschenrechte vollumfänglich gewahrt werden.

Deutschland und NRW leisten bereits einen großen Beitrag bei der Aufnahme von Geflüchteten. Der Prozess der Aufnahme von Schutzsuchenden erfordert nicht nur rechtlich, sondern auch organisatorisch und politisch eine Koordination durch den Bund. Zudem sollte auf eine asylrechtliche Prüfung vor Erteilung von Aufenthaltsrechten im Regelfall nicht verzichtet werden, solange nicht wie aktuell der EU-weite Mechanismus zum vorübergehenden Schutz aktiviert wird. Deshalb halten wir eigenständige Aufnahmeprogramme des Landes oder kommunale Initiativen nicht für sinnvoll.

Wir Freie Demokraten haben für mehr Verbindlichkeit in der Migrationspolitik gesorgt. Wir haben nicht nur Gefährder und Straftäter konsequenter abgeschoben, sondern alle bundesrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft, um gut integrierten Menschen eine Perspektive zu bieten: Dazu haben u.a. die Erlasse zur 3+2-Ausbildungsduldung und zum Bleiberecht auf den Weg gebracht und mit ‚Durchstarten in Ausbildung und Arbeit‘ gerade Geduldete und Gestattete den Weg in den Arbeitsmarkt eröffnet. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Gut integrierten Menschen wollen wir dauerhafte Rechtssicherheit ermöglichen. Dazu zählen eine Verkürzung der Voraufenthaltszeiten bei den Bleiberechten, ein Chancen-Aufenthaltsrecht zur Klärung der Voraussetzungen für ein Bleiberecht sowie eine bessere Absicherung für Geduldete in Ausbildung bzw. Beschäftigung. Darüber hinaus wollen wir Einwandernden durch vereinfachte Einbürgerung und die Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit eine realistische Chance geben, vollwertiges Mitglied unserer Gemeinschaft zu werden.

Wir hoffen, Ihnen damit migrationspolitischen Vorstellungen der Freien Demokraten näher gebracht zu haben und stehen für einen Austausch selbstverständlich zur Verfügung.

Landeswahlprogramm der Freien Wähler

Die zentralen Sätze finden sich im 2. Abschnitt „Gesellschaft im demografischen Wandel“ - zwischen bedarfsgesteuerter Zuwanderung und der Gewährung von politischem Asyl.

Migration und Integration

- Wir **FREIE WÄHLER** treten für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen und Religionen in unserem Land ein. Dies kann nur im Dialog geschehen. Der Zuzug von Einwanderern nach NRW kann, insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, eine Chance bedeuten. Aber wir wollen die Bildung von Parallelgesellschaften verhindern. Neben christlichem Religionsunterricht soll an Schulen auch Unterricht anderer Glaubensrichtungen angeboten werden, sofern dafür eine Mindestzahl an Schülern vorhanden ist. Integrationsbemühungen müssen eingefordert und unterstützt werden. Die Kommunen und Akteure vor Ort müssen daher größtmögliche Unterstützung erfahren. Die Anerkennung von Wertegrundlagen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ist dabei genauso unerlässlich wie die Beherrschung der deutschen Sprache. Wir **FREIE WÄHLER** stehen für eine bedarfsgesteuerte, aktive Zuwanderung, gleichberechtigt neben der Gewährung politischen Asyls. NRW braucht ein Konzept, das Migration, Integration und Fachkräftemangel sinnvoll und gewinnbringend zusammenführt.

Integration und offenes Miteinander treffen auf Erwartungen wie die Anerkennung der Wertegrundlagen der freiheitlich demokratischen Grundordnung und die Beherrschung der deutschen Sprache. Leider fehlen Hinweise, wie das konzeptionell sinnvoll und gewinnbringend (für wen?) ausfällt.

Deutlicher im Abschnitt 10: „Innere Sicherheit und Justiz“*Clan-Kriminalität, Terrorismus und Extremismus*

- Die immer dringlicher werdenden Probleme um Banden- und Clan-Kriminalität benötigen eine stärkere Fokussierung der Sicherheitsbehörden auf diesen Bereich. Der Ehrenkodex dieser kriminellen Vereinigungen baut auf den Strukturen überkommener Traditionen ihrer Heimatländer auf. Daraus entwickeln sich immer häufiger Parallelgesellschaften, die ihre eigenen gruppenspezifischen Rechtsräume schaffen, in denen die freiheitlichen demokratischen Werte verachtet werden und die keine Akzeptanz gegenüber der staatlichen Exekutive und Legislative haben. ... Wir sind für eine Null-Toleranz-Politik und eine konsequente Justiz.

In der Präambel heißt es:

- Wir wollen die Bürger stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen und die direkte Demokratie stärken. Deshalb fordern wir **FREIE WÄHLER** mehr Möglichkeiten für Volksbegehren und -entscheide sowie das Initiativrecht des Volkes.

Dazu noch einmal aus Abschnitt 2 unter dem Stichwort „Demografie“:

- ... Wichtig sind uns hier das solidarische Miteinander von Jung und Alt, der Dialog zwischen den Generationen und eine aktive Gleichstellungspolitik. Die erfolgreiche Integration der Bürger mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft ist uns wichtig.

Im gesamten Duktus klingt es integrativ - als Einladung auch an die „Bürger mit Migrationshintergrund“, Teil des solidarischen Miteinanders und des Dialogs zu sein.

Das gesamte Landeswahlprogramm findet sich

<https://www.freiewaehlernrw.de/wahlprogramm-nrw-2022>

Eine Stellungnahme ist nicht eingegangen.

**Landeswahlprogramm der SPD
Unser Land von morgen.**

Die zentralen Sätze finden sich unter den Stichworten „Vielfalt und Zusammenhalt, Flucht und Integration auf den Seiten 89f. Zentrale Aussagen:

- *Wir stehen für eine humanitäre und solidarische Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir unterstützen die Städte und Kommunen, die sich zu sicheren Häfen erklärt haben. Wir werden ein Landesaufnahmeprogramm für Nordrhein- Westfalen einrichten, welches das Ziel verfolgt, besonders schutzbedürftige Geflüchtete und Binnenvertriebene aus humanitären Gründen in Nordrhein-Westfalen aufzunehmen. Wir werden die Unterbringung von Geflüchteten in Nordrhein-Westfalen neu organisieren. Die zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) werden wir abschaffen und durch ein Unterbringungskonzept ersetzen, das eine schnelle dezentrale Unterbringung der Hilfesuchenden sicherstellt.*
- *... Fokus auf eine schnelle Arbeitsmarktintegration und schnelle Einschulung von Kindern und Jugendlichen legen. Dazu gehören zügige und unbürokratische Anerkennung der Berufsqualifikationen, Nachqualifizierungen, Weiterbildungen und eine gezielte fachspezifische Sprachförderung. ... Integration funktioniert am besten mit der Familie. Wir begrüßen daher, dass sich der Bund für die Angleichung der Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten an die Regelung für Flüchtlinge einsetzt ... Gut integrierte Geflüchtete, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten, sollen schneller einen rechtssicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Wir werden zusammen mit der Bundesebene ihre Einbürgerungsmöglichkeiten erleichtern und Kettenduldungen vermeiden.*
- *Die doppelte Staatsbürgerschaft sowie vereinfachte Einbürgerungsvoraussetzungen gehören zu den wichtigsten Maßnahmen für gleichberechtigte Teilhabe. ... Unser Ziel ist eine diskriminierungsfreie und chancengerechte Gesellschaft.*

Die Rolle, die der Arbeitskräftemangel spielt. Beispiele:

- *Nicht nur die Alterung unserer Gesellschaft macht die Einwanderung von Fachkräften für eine lebendige Wirtschaft erforderlich; Zuwanderung ist für uns eine Bereicherung. (90)*
- *Uns freut, dass sehr viele junge Menschen mit Einwanderungsgeschichte erfolgreich in unserem Handwerk sind. Sie sind eine wichtige Stütze des Erfolges der Betriebe im Land. (15)*
- *Wir werden im öffentlichen Dienst die veränderte, vielfältigere Gesellschaft abbilden. Der Arbeitgeber Staat muss die Interkulturalität stärken und bei den Menschen mit Migrationsgeschichte ein Interesse am Staatsdienst wecken und Hemmnisse bei der Einstellung und Karriere abbauen. (51)*

Verstreut im gesamten Text - die wichtige Funktion von Teilhabegerechtigkeit. Beispiele:

- *Politische Beteiligung ist ein wesentlicher Bestandteil jeder Demokratie. Der Schlüssel zur politischen Teilhabe ist das Wahlrecht. ... Wir wollen das aktive Wahlrecht für Landtagswahlen auf 16 Jahre herabsenken und das kommunale Wahlrecht auch auf Ausländer und Ausländerinnen aus Nicht-EU-Staaten erweitern. (53)*
- *Mit Blick auf das Sozialprofil der Wissenselite wird klar, auch hier gibt es noch viel zu tun: Zwei von drei Spitzenpositionen sind in Familien aufgewachsen, die zu den obersten 3,5 Prozent der Gesellschaft gehören. Deshalb müssen wir auch verstärkt Faktoren wie Klassismus und Rassismus in der Wissenschaft in den Blick nehmen und uns erneut fragen, wer forscht und lehrt eigentlich an unseren Hochschulen und Einrichtungen? Wir setzen uns dafür ein, dass Wissenschaft von sozialer Herkunft entkoppelt wird und nicht Privileg einiger weniger ist. (30)*

Erwartung an die EU:

- *Wir stehen uneingeschränkt für die großen europäischen Werte. Dazu gehören für uns die Charta der Grundrechte der EU, die Europäische Säule sozialer Rechte mit ihren 20 Grundsätzen, ein starkes System der sozialen Sicherung, ein gemeinsames, humanitäres und funktionierendes*

Migrationssystem und der Kampf gegen jegliche Form der Diskriminierung. (99)

Das gesamte Landeswahlprogramm findet sich

<https://www.nrwspd.de/wahlprogramm/>

Uns zugegangene Stellungnahme

Nicht erst vor dem Hintergrund der aktuellen furchtbaren Kriegssituation in der Ukraine und angesichts der vielen Menschen, die hilfeschend in den nordrhein-westfälische Kommunen ankommen, stehen wir uneingeschränkt hinter den flucht- und migrationspolitischen Überzeugungen und Zielen unseres Wahlprogramms. Bei einer möglichen Regierungsverantwortung nach der Landtagswahl stellen die flüchtlingspolitischen Forderungen des Bündnis NRW ganz klar eine gute und unterstützenswerte Grundlage für eine Auseinandersetzung darüber dar, wie wir auf Landesebene Menschen mit Fluchterfahrung den besten Schutz und - auf längerfristige Sicht - Wertschätzung, Respekt, gute Lebens- und Arbeitsbedingungen und ein echtes Zuhause bieten können. Dies gilt für alle Menschen, unabhängig davon, von wo sie auch ihre Flucht antreten müssen.

Flüchtlingspolitische Forderungen zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2022

Derzeit suchen so viele Menschen wie nie zuvor nach Schutz irgendwo auf dieser Welt. Sie alle haben ein Recht auf eine menschenwürdige Behandlung, ein faires Asylverfahren, eine angemessene Unterbringung und Gesundheitsversorgung. Gemeinsam mit vielen anderen Initiativen und Organisationen fordert der Flüchtlingsrat NRW alle zur Landtagswahl 2022 antretenden Parteien und Kandidatinnen auf, sich für die Rechte von Schutzsuchenden und die Wahrung von Menschenrechten in unserem Bundesland einzusetzen. Auf Bundesebene muss das Land NRW darauf hinwirken, dass die im neuen Bundeskoalitionsvertrag auch enthaltenen positiven flüchtlingspolitischen Aspekte zügig in die Tat umgesetzt werden. Auf den folgenden Seiten formulieren wir konkrete Erwartungen an die künftige Landesregierung.

Selbstbestimmtes Wohnen von Anfang an

Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht. Menschen, die sich nach ihrer Flucht in einer vulnerablen Situation befinden, in Massenunterkünften zu isolieren, ist mit einer humanitären Flüchtlingspolitik unvereinbar.

Deshalb fordern wir...

- den weitgehenden **Verzicht auf zentrale Erstaufnahme- und Unterbringungseinrichtungen**. Das Land NRW soll eine **schnellstmögliche Zuweisung aller Schutzsuchenden** in die Kommunen ermöglichen und dabei familiäre Bindungen und individuelle Bedürfnisse berücksichtigen. Der Aufenthalt in zentralen Aufnahmeeinrichtungen des Landes darf drei Monate nicht überschreiten. In dieser Zeit ist ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten.
- die **Formulierung verbindlicher Mindeststandards für die kommunale Unterbringung** von Flüchtlingen. Die dezentrale Unterbringung in geeigneten Wohnungen hat oberste Priorität. Wo das nicht möglich ist, braucht es kleine, städtebaulich integrierte Gemeinschaftsunterkünfte mit abgeschlossenen Wohneinheiten und tragfähigem Gewaltschutzkonzept. Den sozialen Wohnungsbau muss NRW umfassend ausbauen und fördern.
- eine **zügige und wohlwollende Prüfung von Umverteilungsanträgen** durch die Bezirksregierung Arnsberg. Asylsuchende müssen innerhalb NRWs oder nach NRW umzuziehen dürfen, sei es für die Arbeitsaufnahme, aus familiären, gesundheitlichen oder anderen guten Gründen.
- die **Aufhebung der restriktiven Wohnsitzregelung** für Schutzberechtigte in NRW. Die Verpflichtung, bis zu drei Jahre in einer bestimmten Kommune zu leben, wirkt sich nachteilig auf die Erwerbsteilhabe und die Wohnverhältnisse von Schutzberechtigten aus.

Gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Erwerbsarbeit

Menschen finden sich am schnellsten in neue Lebensumstände ein, wenn sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben, sich frei entfalten und für sich selbst sorgen können. Das geschieht am besten durch umfassende schulische Bildung, Deutschförderung und einen niedrigschwiligen Zugang zu Ausbildung und Arbeit.

Deshalb fordern wir...

- die Sicherstellung eines regulären und sofortigen Kita- und Schulzugangs für alle Kinder. Das schulnahe Bildungsangebot in Landesaufnahmeeinrichtungen und Spielstuben sind kein gleichwertiger Ersatz für einen regulären Schul- oder Kitabesuch.
- einen **flächendeckenden Zugang zu Bildung für junge erwachsene Flüchtlinge** beispielsweise durch eine Erweiterung der (Berufs-)Schulpflicht.
- ein klares Signal an die Kommunen, ihre Ermessensspielräume bei der **Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis** großzügig im Sinne der Asylsuchenden und Geduldeten zu nutzen und auf restriktive Beschäftigungsverbote zu verzichten.

Darüber hinaus erwarten wir von der künftigen Landesregierung einen **aktiven Einsatz auf der Bundesebene** für...

- Integrationskursangebote für alle Flüchtlinge unabhängig von Aufenthaltsstatus, Herkunftsland oder Einreisedatum, wie im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigt.
- einen uneingeschränkten Zugang zur Erwerbstätigkeit sowie zur Studiums- und Ausbildungsförderung für alle Asylsuchenden und Geduldeten.

Bleiberecht statt Abschiebung

Abschiebungen sind kein Bestandteil einer humanitären Flüchtlingspolitik. Ein sicherer Aufenthaltsstatus ist Voraussetzung und Motivation, um sich in die Gesellschaft einzubringen und das eigene Leben frei zu gestalten. Die unsäglichen Kettenduldungen, die Menschen über Jahre hinweg in Unsicherheit lassen, gehören abgeschafft.

Deshalb fordern wir...

- die **volle Ausschöpfung aller gesetzlichen Bleiberechts- und Härtefallregelungen** durch progressive Erlasse auf Landesebene. Die Ausländerbehörden müssen die Bleiberechtmöglichkeiten von Geduldeten von Amts wegen prüfen – sowohl routinemäßig als auch anlassbezogen vor Einleitung etwaiger aufenthaltsbeendender Maßnahmen.
- die **Stärkung der Härtefallkommission des Landes** durch eine Änderung der zugrundeliegenden Verordnung. Die Kommunen müssen Entscheidungen der Härtefallkommission abwarten und bei positivem Votum ein Bleiberecht erteilen.
- eine klare **Vorgriffsregelung** für die im Bundeskoalitionsvertrag angekündigte **Ausweitung des Bleiberechts** für langjährig Geduldete, gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende sowie die Einführung eines sog. **Chancen-Aufenthaltsrechts**. Wer in naher Zukunft von diesen Erleichterungen profitieren wird, darf jetzt nicht abgeschoben werden.
- die umfassende Umsetzung der Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus. Diese fordert von Ländern und Kommunen, auf **Abschiebungen von Roma zu verzichten** und ihnen ein **Bleiberecht zu gewähren**. Damit würde NRW seiner historischen Verantwortung für diese Minderheit gerecht
- **Abschiebungen aus Schulen, Ausbildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen, Kliniken** und anderen besonderen Schutzräumen generell zu untersagen. Abschiebungen dürfen **nicht zur Nachtzeit** stattfinden. Auch von der Abschiebung kranker Menschen und von Abschiebungen in **Kriegs- und Krisengebiete** ist abzusehen.
- die ersatzlose **Schließung der Abschiebungshaftanstalt** in Büren und den **Verzicht auf einen neuen Ausreisegewahrsam** in Düsseldorf. Die hohe Zahl der von Gerichten aufgehobenen Haftbeschlüsse ist eines Rechtsstaates unwürdig. Anstatt in effizientere Abschiebungen sollte das Land NRW in die Teilhabe von Flüchtlingen investieren.

Ausbau einer adäquaten Versorgungs- und Unterstützungsstruktur

Damit Flüchtlinge in NRW weiterhin Unterstützung in rechtlichen und sozialen Belangen als wichtigen Schritt zur Teilhabe erhalten, bedarf es einer verlässlichen professionellen Beratungsstruktur und eines breiten zivilgesellschaftlichen Engagements. Auch eine adäquate Gesundheitsversorgung der Ankommenden ist unerlässlich.

Deshalb fordern wir...

- eine **unabhängige und flächendeckende soziale Beratung für Flüchtlinge**. Dazu zählen u.a. die Asylverfahrensberatung, die regionale Beratung und die Psychosozialen Zentren (PSZ). Das Land NRW muss die Professionalität und Qualität dieser Beratung sicherstellen: durch geeignete Ausschreibungskriterien und eine langfristige, auskömmliche Finanzierung der freien Trägerinnen.
- die **Förderung des ehrenamtlichen Engagements** von und für geflüchtete und zugewanderte Menschen.
- die Verbesserung und Institutionalisierung des **Landesprogramms „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“**, damit es für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus zu einem echten Bleiberechtsprogramm wird.

- die Förderung der **elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge (eGK)**, um Asylsuchenden und Geduldeten in den ersten 18 Monaten ihres Aufenthalts einen schnelleren und diskriminierungsärmeren Zugang zu medizinischer Behandlung zu ermöglichen.
- dass das Land NRW Sorge trägt für eine **großzügige Gewährung der sog. sonstigen Leistungen nach § 6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)** durch Bezirksregierungen und Sozialämter. So ist u.a. die Kostenübernahme für Psychotherapien und die Behandlung chronischer Erkrankungen sowie für professionelle Sprachmittlung im medizinischen und (psycho-)therapeutischen Bereich sicherzustellen.

Umbau der Ausländer- zur Willkommensbehörden

Viele Ausländerbehörden in NRW sind chronisch unterbesetzt und für zugewanderte Menschen kaum mehr zu erreichen. Nötig ist ein Wandel der Ausländerbehörden zu Willkommens- und Dienstleistungsbehörden im Sinne der Betroffenen.

Deshalb fordern wir, ...

- dass das Land NRW alle verfügbaren Möglichkeiten nutzt, um die **Erreichbarkeit und Handlungsfähigkeit der kommunalen Ausländerbehörden wiederherzustellen und zu garantieren**. Die künftige Landesregierung muss die personelle Aufstockung der Behörden unterstützen und u.a. ihre Digitalisierung fördern.
- dass das Land NRW die Eigenwahrnehmung der Ausländerbehörden als **Willkommensbehörden** fördert. Mehr und verbindlichere Schulungsangebote für die Mitarbeitenden können dabei helfen. Geltende Erlasse müssen in den Ausländerbehörden bekannter gemacht und ihre Wirksamkeit kontinuierlich evaluiert werden. So lassen sich Entscheidungsqualität und Aufenthaltsperspektiven gleichermaßen verbessern.

Sichere Fluchtwege nach NRW

Die gezielte Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ausland ist ein wichtiges Instrument des Flüchtlingsschutzes. So müssen Schutzsuchende ihr Leben nicht auf der Flucht riskieren, sondern können sicher und legal nach Deutschland einreisen.

Deshalb fordern wir...

- dass sich das Land NRW auf Bundesebene aktiv für eine **Ausweitung von Resettlement- und humanitären Aufnahmeprogrammen** sowie für die **Etablierung eines Relocation-Programms** für Schutzsuchende aus den Erstankunftsländern der EU einsetzt.
- den bundespolitischen Einsatz NRWs, damit die Länder künftig ohne Zustimmung des Bundes eigene Aufnahmeprogramme schaffen können. In der Folge soll NRW über **großzügige Landesaufnahmeprogramme** besonders gefährdeten Menschen aus Afghanistan und anderen Kriegs- und Krisengebieten, aber auch Schutzsuchenden aus Flüchtlingslagern an den EU-Außengrenzen eine sichere Zuflucht bieten.
- eine **Anpassung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes NRW** zur finanziellen Entlastung von Kommunen, die freiwillig bereit sind, mehr Schutzsuchende aufzunehmen, als die Zuweisungsquote vorsieht.

<https://www.fnrw.de/fluechtlingspolitische-forderungen-zur-landtagswahl-2022.html>

FlüchtlingsRAT NRW

Bochum, 02.03.2022

Erstunterstützerinnen

Landesweit tätige Organisationen

Freie Wohlfahrtspflege NRW | GRUNDRECHTE KOMITEE.de | KOOPERATIONSPARTNER DER FLÜCHTLINGSBERATUNG IN NRW

Landesintegrationsrat NRW | Diakonisches Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW e.V. | SEEBRÜCKE HORNHEIM-WESTFALEN

Erstunterstützende Mitgliedsinitiativen

Diakonie Köln und Region | Diakonie Kirchenkreis Jülich | Eine Welt Zentrum Herne

TUT SO WAS! | Evangelische Kirchengemeinde Eldersloh | JOHANNIS Kirchengemeinde Witten | Flüchtlingsrat Oberhausen

FlüchtlingsRAT | Flüchtlingshilfe Hamm e.V. | Flüchtlingsrat im Kreis Heinsberg

Flüchtlingsrat Dinslaken | Refugees Welcome to DÜSSELDORF

GGUA Flüchtlingshilfe | MAG e.V. | Netzwerk für Humanität und Bleiberecht im Kreis Steinfurt

Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats NRW e.V. | Willymer Straße 200 | D-44803 Bochum | Tel.: 0204/9771516 | Fax: 0204/9771575 | info@fnrw.de | www.fnrw.de

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, AGB | IBAN: 02537022000000004540 | BIC: BFSW3333

Flüchtlingspolitische Forderungen zur Landtagswahl in NRW 2022 | Seite 6 | 6